

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren,

das Schulbau- und Schulsanierungsprogramm 2008 – 2021 des Landkreises Darmstadt-Dieburg sucht mit Sicherheit landesweit seines Gleichen und wir als CDU-Kreistagsfraktion unterstützen das Programm seit Beginn ausdrücklich. Wir sind sehr froh darüber, dass frühzeitig der Investitionsstau erkannt wurde und mittlerweile mehr als eine halbe Milliarde Euro in dem Bauprogramm eingeplant und größtenteils auch bereits verausgabt sind. Kassler Verhältnisse bei denen heute Schüler/innen, Eltern und Lehrkräfte für die Sanierung ihrer Schulen vor der Stadtverordnetenversammlung demonstrieren oder jahrelange Bauverzögerungen wie beim Darmstädter Berufsschulzentrum wollen wir nicht! In den letzten Jahren haben wir daher immer dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Da-Di-Werk und der Prioritätenliste des Da-Di-Werks zum Schulbau- und Schulsanierungsprogramm zugestimmt. In letzter Zeit aber immer mit einem lauterem JA, ABER!

In diesem Jahr werden wir den beiden Beschlussvorlagen **nicht** zustimmen. Unseren Änderungsantrag betreffend der Eichwaldschule Schaafheim ziehen wir nach den Ergänzungen der Protokollnotizen des Ersten Kreisbeigeordneten Fleischmann in den Fachausschüssen zurück.

Für unsere Ablehnung könnte man eine Reihe von Gründen anführen. Ich möchte nur das Immer-Wieder-Verschieben der drei „alt bekannten“ Schulen Eichwaldschule Schaafheim, Tannenbergschule Seeheim-Jugenheim und Ernst-Reuter-Schule Groß-Umstadt nennen. Man könnte auch aus den Erfahrungen der letzten Jahren im Bereich Schulbau anführen,

dass wir uns 1. zu viele Maßnahmen pro Jahr vorgenommen und so falsche Erwartungen vor Ort geschürt haben, dass 2. viele Projekte deutlich teurer wurden und länger dauerten (als aktuelle Beispiele kann man die Albrecht-Dürer-Schule in Weiterstadt oder die neue Sporthalle in Pfungstadt nennen) oder dass 3. der Grundkonsens in der Schulpolitik durch die verstärkte Umsetzung von bildungspolitischen Ideologien aufgekündigt wurde (z. B. im Bereich Inklusion und der Abschaffung von Förderschulen). Wir wissen, dass für viele Bauverzögerungen und Verteuerungen die handelnden Personen nicht verantwortlich sind, müssen aber diesen Trend generell einmal ansprechen.

Hauptgrund unserer heutigen Ablehnung ist der Paradigmenwechsel weg vom Bauen nach den Schulbauleitlinien und hin zum Einsatz der Mobiskuls als dauerhaften Schulgebäuden. Dauerhaft meint in diesem Zusammenhang 25 – 33 Jahre, je nach Garantie des Herstellers 25 oder der Abschreibungsfrist des Landkreises 33 Jahre. Man könnte meinen, die stets mahnenden Worte von Herrn Prochaska, der Landkreis baue zu teuer, seien endlich erhört worden. Auch für uns hat sich schon oft diese Frage gestellt und wir sind gespannt, ob sich die hohen Standards im energetischen Bauen und die daraufhin getätigten Investitionen im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte auch finanziell rechnen werden.

Für uns stellen die Mobiskuls gute Lösungen als dauerhafte Betreuungsräume oder sehr gute Ausweich- und Übergangsräume für einen überschaubaren Zeitraum, in Folge einer Sanierung oder eines kurzfristigen Raumengpasses dar. Allerdings ist es für die CDU-Kreistagsfraktion keine Dauerlösung als Klassenräume! Wir bezweifeln, dass dort die gleichen pädagogischen Konzepte umsetzbar sind, wie in

anderen Klassenräumen. Man kann z. B. nichts fest an die Wände hängen und auch die Heizung ist nur über einen Stromanschluss möglich, was uns beim Besuch der Mobiskul in Weiterstadt erläutert wurde. Aus unserer Sicht darf man auf der Zielgeraden des sehr ambitionierten Schulbau- und Schulsanierungsprogrammes nicht mit zweierlei Maß messen. Die Schulen, die lange auf die Umsetzung ihrer Baumaßnahmen warten mussten, haben Anspruch auf den gleichen Standard wie die nach den Schulbauleitlinien vorher sanierten Schulen. Es darf hierbei auch keine Neiddebatte entstehen, wenn ein Schulleiter von seiner Schule als „der schönsten Schule Deutschlands“ und ein anderer von einer Dauerlösung mit zugegebenermaßen sehr guten Holzpavillons sprechen muss.

Auch der sprunghafte Anstieg der Umbaukosten für die Produktionsschule in Groß-Umstadt von ursprünglich 200.000 € auf knapp eine Millionen Euro haben uns negativ überrascht.

Daher werden wir den Beschlussvorlagen unter TOP 14 der heutigen Tagesordnung nicht zustimmen können.